

Streit um Halde: Minister erfolglos

Salz im Grundwasser? Althusmanns Vermittlung zwischen Anwohnern und Betreibern scheitert

Von Uwe Kranz

Ronnenberg. Mit der Vermittlung eines einfachen Gesprächstermins zwischen den Betreiberfirmen einer Bauschuttablagerung auf der Ronnenberger Kalihalde und Vertretern der örtlichen Bürgerinitiative hat der Besuch von Wirtschaftsminister Bernd Althusmann in Ronnenberg nicht den vor Ort erhofften Effekt erzielt. Ronnenberger Ratspolitiker sind vielmehr offen enttäuscht von den Ergebnissen der Althusmann-Initiative.

Die Halde selbst soll mit einer hohen Schicht Bauschutt abgedeckt werden. Dieses Vorgehen kritisieren nicht nur Politiker. Auch die Anwohner fürchten, dass sie – je nach der Menge der täglicher Anlieferung per Lkw – rund 20 Jahre lang Belastungen durch Lärm und Staub ertragen müssen und fürchten auch das der Bauschutt mit Schadstoffen belastet sein wird. Deshalb haben sie die Bürgerinitiative „Bauschuttdeponie – Nein Danke!“ gegründet.

Verfahrensstand auf Null setzen

Das nun von Althusmann vorgeschlagene Gespräch hätte man auch allein einfädeln können, meint beispielsweise Jens Williges, Fraktionschef der Grünen im Rat der Stadt, der sich mit einer Resolution einstimmig hinter die Bauschuttgegner gestellt hatte. „Weder wir noch die Firma Menke hätten sich einem Gesprächsangebot verweigert“, sagt er. Mann hätte nur zum Telefonhörer greifen müssen. Der Ronnenberger SPD-Vorsitzende Rudi Heim spricht von einem „Mini-

”

Es kann nicht darum gehen, die Interessen eines Unternehmens umzusetzen.

Rudi Heim,
SPD-Vorsitzender Ronnenberg



Entscheidend ist, was unten rauskommt: Die Halde in Ronnenberg liegt nur wenige Meter neben der Wohnbebauung.

FOTO: UWE KRANZ

Dialogverfahren“ und „Bürgerbeteiligung light“.

Ein Positionspapier, das der Redaktion vorliegt und dass die Bürgerinitiative (BI) „Bauschuttdeponie – Nein Danke!“ nach Abstimmung mit der Stadtverwaltung dem Minister bei seinem Besuch im Oktober 2019 mit auf den Weg gegeben hatte, beschreibt die eigentlichen Pläne und Hoffnungen der Bauschuttgegner. Demnach sollte es das Ziel des Runden Tisches sein, „alle möglichen beziehungsweise realisierbaren Lösungsansätze für den zukünftigen Umgang mit der Kalibraumhalde Ronnenberg zu prüfen oder zu erarbeiten“. Das setze aber voraus, so das Papier, dass alle Optionen unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Situation ergebnisoffen behandelt werden. Die Gespräche am Runden Tisch sollten unter allen Beteiligten transparent, gleichberechtigt und auf Akzeptanz angelegt geführt werden.

„An dem Runden Tisch sollte zunächst geklärt werden, ob es wegen der vorhandenen Salzeinleitung überhaupt einen akuten Handlungsbedarf gibt und wie die bereits seit Jahrzehnten bestehenden rechtlichen Verpflichtungen des Eigentümers aussehen, die Halde zurückzubauen“, führt Williges die Stoßrichtung eines Runden Tisches aus, wie ihn sich die Vertreter der Stadt Ronnenberg und der BI gewünscht hätten. Bislang liegen auch noch keine Ergebnisse von Grundwasseruntersuchungen im Bereich der Halde vor.

Die Bedingung der Ronnenberger für die Einrichtung eines runden Tisches, die Zurücksetzung des Verfahrensstandes auf null, haben die beteiligten Firmen Solvay, als Eigentümer der Halde, und Menke Umwelt Service Ronnenberg, als voraussichtlicher Antragsteller dem Minister gegenüber abgelehnt. Dennoch sprach Althus-

mann in einem Brief an die BI davon, dass die „Bedenken, Sorgen und Wünsche bei der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung des Vorhabens“ durch eine Teilnahme an dem Gesprächstermin „maximales Gehör“ erhalten sollen.

SPD-Vorsitzender Heim sieht damit „die Skepsis gegenüber einer sogenannten Gesprächsbereitschaft der Betreiberfirma“ bestätigt. „Es kann nicht darum gehen, die Interessen eines Bauschuttverwertungsunternehmens umzusetzen“, sagt er.

Runder Tisch ohne Menke?

Für Williges ist ein Runder Tisch allerdings auch ohne Beteiligung der Firma Menke denkbar. „Die Absage eines einzelnen Unternehmens, welches anscheinend nur Interesse an einer bestimmten Variante hat, hat keinen Einfluss auf die notwendige Klärung der grundsätzlichen Fragen, die an dem von der Stadt an-

gedachten Runden Tisch geklärt werden sollen“, sagt er. Das Ministerium wolle sich aber seinem Anschein nach bei der Beurteilung des Verfahrens voll und ganz auf das Planfeststellungsverfahren verlassen. Die Antragseinreichung hatte Menke in dem Brief von Althusmann für das zweite Quartal 2020 angekündigt.

Zur Klarstellung verweist Williges noch einmal auf den einstimmigen Ratsbeschluss. Die Stadt spreche sich demnach nicht gegen eine Begrünung aus, wie sie auch Menke später plant, sollte es eine Form der Abdeckung geben, die keine neuen Gefährdungen hervorruft, das Ziel der Verhinderung von Salzeintrag in das Grundwasser wirklich erreicht und die eine eventuell spätere notwendige Rückholung beziehungsweise Rückbau der vorhandenen Altlast wegen Grundwasserproblemen nicht verhindert“, betont er.